



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Wolf

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: karin.wolf1@stadt-koeln.de

Datum: 31.05.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 27.04.2021, 14:07 Uhr bis 15:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! Ab sofort sind in den Gremiensitzungen medizinische oder FFP2-Masken zu tragen.

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf

SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Frerich, Iris

SPD-Fraktion

Dr. Schlieben, Nils Helge

CDU-Fraktion

Kessing, Ulrike

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Rudolph, Floris

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Wahlen, Lars

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Schöppen, Catherine

FDP-Fraktion (in Vertretung für Frau Schalla)

Clemens, Frank

Fraktion Die Linke.

Braun, Andrej

Sportjugend im Stadtsporthund Köln e.V.

Kaven, Dominik

BDKJ Erzdiözese Köln e.V.

Krücker, Peter

Caritasverband Köln e.V.

Kurbjeweit, Frieder

SJD - Die Falken Kreisverband Köln

Volland-Dörmann, Ulrike

AWO Kreisverband Köln e.V.

Zernikow, Inga

Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schönhals, Martina

Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
(Vertretung für Frau Volland-Dörmann)

**Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-
Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln**

Van Lengerich, Ulrike

Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Riedmann, Heike

Jugendamtselfternbeirat Köln

Reuther, Bernd

Polizeipräsidium Köln, KK 57

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Abbruscato, Antonietta

entsandt vom Integrationsrat

Becker, Laura

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft
Lesben, Schwule und Transgender

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Marie-Luise Quilling	SPD-Fraktion
Gérard-Post, Gabriele	SPD-Fraktion
Grunert, Uwe	SPD-Fraktion (Vertretung für Frau Gérard-Post)
Ozminski, Martin	FDP-Fraktion
Gümüs, Attila	Fraktion Die Linke.

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Bläser, Sonja	HennaMond e.V.
Boye-Toledo, Erich	Kinder- und Jugendzentrum DachloW
Buff, Thorsten	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau Schnabel)
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Schmerbach, Cornelia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
Supplie, Petra	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Will, Bernd	AG „Offene Tür“ St. Anna

Verwaltung

Beigeordneter Voigtsberger, Robert	Dezernent
Glaremin, Stephan	Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Entschuldigt fehlten

Bauer-Dahm, Daniel	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Vertretung für Herrn Rudolph)
Biermann, Volker	SKM e.V. Köln (Vertretung für Herrn Peters)
Dr. Eulgem, Andrea	Gesundheitsamt der Stadt Köln
Holtz, Vera	Bundesagentur für Arbeit (Vertretung für Frau Salz)
Hundenborn, Alexander	Computerprojekt Köln e.V. (Vertretung für Frau Weiße)
Janas, Michael	Pavillon e.V. (Vertretung für Herrn Boye-Toledo)
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Puris, Tatjana	Jüdische Kultusgemeinde/ Synagogengemeinde Köln (Vertretung für Frau Schiller)
Salz, Simone	Bundesagentur für Arbeit
Schalla, Chantal	FDP-Fraktion
Scherer-Ohnemüller, Doris	Brücke Köln e.V.
Schiller, Alina-Toya	Jüdische Kultusgemeinde/ Synagogengemeinde Köln
Treunert, Barbara	Gesundheitsamt der Stadt Köln (Vertretung für Frau Dr. Eulgem)
Dr. Zashcke, Wolfgang	Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugendladen Nippes Museum

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.

Er freut sich, dass dies die erste Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei, die live übertragen (gestreamt) werde und weist auf die aufgestellten Kameras hin.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet alle Anwesenden, sich zu erheben und nimmt die **Verpflichtung** mit folgendem Wortlaut vor:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Verpflichtet wurden:

Becker, Laura	Stadt AG LST
Grunert, Uwe	SPD-Fraktion
Quilling, Marlu	SPD-Fraktion
Reuther, Bernd	Polizeipräsidium
Schönhals, Martina	Ev. Kirchenverband Köln
Schöppen, Catherine	FDP-Fraktion
Van Lengerich, Ulrike	Ev. Kirchenverband Köln
Will, Bernd	AGOT St. Anna

Er begrüßt als Gäste Frau Mester vom Personalrat der Kitas, Herrn Schallenberg von Brücke Köln e.V. sowie Herrn Martin und Herrn Grewe vom Programm für Nachwuchsführungskräfte.

Er weist darauf hin, dass es keine Präsentationen geben werde, um die Sitzung corona-bedingt so kurz wie möglich zu halten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen benennt die ausliegenden **Tischvorlagen:**

- TOP 5.2.2 (AN/0908/2021)
- TOP 6.2.1 (AN/0896/2021)
- TOP 6.2.2 (AN/0897/2021)
- TOP 8.4.2 (1479/2021)

Die Tischvorlagen liegen dieser Niederschrift als **Anlagen** bei.

Zusätzlich zur ursprünglich versandten Einladung bittet **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** die folgenden Punkte zur **Tagesordnung** aufzunehmen:

- TOP 5.2.2 (AN/0908/2021)
- TOP 6.1.1 AN/0501/2021
- TOP zu 6.1.1 (1413/2021)
- TOP 6.2.1 (AN/0896/2021)
- TOP 6.2.2 (AN/0897/2021)
- TOP 7.1.1 (1472/2021)
- TOP 8.4.1 (1293/2021)
- TOP 8.4.2 (1479/2021)
- TOP 8.5.6 (0609/2021)
- TOP 8.5.7 (1399/2021)
- TOP 8.5.8 (1342/2021)

Er bittet zudem zur Kenntnis zu nehmen, dass der TOP 3.5 (1311/2021) wieder von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Da es sich nicht um eine formelle Eingabe handele, sehe der Beschwerdeausschuss keine Zuständigkeit. Somit sei eine politische Behandlung des Themas im Jugendhilfeausschuss entbehrlich.

Er weist auf den in der Tagesordnung enthaltenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion zum kommunalen Sonder-Schwimmlern-Programm unter TOP 5.2.2 hin und bittet um Begründung der Dringlichkeit.

Herr Ozminski beschreibt, dass sich die Situation durch die Pandemie verschärft habe. Da die Verwaltung für die Umsetzung bis zu den Sommerferien Planungszeit brauche, sei die Angelegenheit vorrangig zu behandeln.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht zuständig sei. Er empfiehlt, diesen Antrag ohne Votum in den zuständigen Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie in den Sportausschuss zu verweisen.

Frau Schöppen bittet darum, den TOP 8.3.3 aufgrund Beratungsbedarfs in die nächste Sitzung zu verschieben.

Für den TOP 2.1.2 teilt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** mit, dass von mehreren Fraktionen Beratungsbedarf angemeldet worden sei, mit der Bitte diesen TOP in die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Rudolph beantragt die Aufnahme eines neuen TOP's für den nicht-öffentlichen Teil.

Frau Abbruscato fragt unter Bezugnahme auf den abgesetzten TOP 3.5, ob diese Bürgereingabe gestrichen werde.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass eine formale Eingabe an den Beschwerdeausschuss erforderlich sei.

Er erkundigt sich, ob es weitere Punkte zur Tagesordnung gebe. Dies ist nicht der Fall.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Eine entsprechend aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt.

Laut Beschluss des Ausschusses ergibt sich somit die folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.4 Präsentationen

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

- 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kölner Arbeitskreis LRS & Dyskalkulie e.V."
0654/2021
- 2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: KinderReich Rheinland gGmbH – zurückgestellt -
1165/2021
- 2.1.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Dibber gGmbH"
1108/2021
- 2.1.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII; hier: "Kolpingwerk Deutschland gemeinnützige GmbH"
0910/2021

2.2 Verteilung von Haushaltmitteln und Zuschüssen

- 2.2.1 Förderprogramm Familienhäuser
0627/2021

2.3 Weitere Beschlüsse

./.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

- 3.1 Neugestaltung des Spielplatzes Jasminweg/Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
1090/2021
- 3.2 Umgestaltung des Spielplatzes Alter Friedhofsweg in Köln-Merheim
0987/2021
- 3.3 Umgestaltung Spielplatz Buschgasse in Altstadt/Süd
0947/2021
- 3.4 Energieleitlinien Stadt Köln 2021
3726/2020

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“
3704/2020
- 4.2 Neuwahl eines beratenden JHA-Mitglieds
1095/2021
- 4.3 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds
1096/2021
- 4.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss
1182/2021
- 4.5 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1004/2021
- 4.6 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

- 5.1 **Frühere Anträge**
./.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Antrag vom BDKJ für JHA am 27.04.2021

5.2.2 Kommunales Sonder-Schwimmlern-Programm in der Corona-Pandemie
AN/0908/2021

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Sensibler Umgang mit Pumptracks im Kölner Grün
AN/0501/2021

Zu 6.1.1 Sensibler Umgang mit Pumptracks im Kölner Grün
1413/2021

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Überbrückende Unterstützung für Träger mit interkulturellen Angeboten der Jugendhilfe während der Coronazeit
AN/0896/2021

6.2.2 Freiluga als außerschulischen Lernort dauerhaft etablieren und weiterentwickeln
AN/0897/2021

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Skateranlage in Köln-Sülz
1472/2021

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage von Die Linke. zum Datenschutz bei digitalen Angeboten

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses
./.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

- 8.2.1 Zusätzliche freiwillige Mietkostenförderung für Träger von Kindertageseinrichtungen
0787/2021
- 8.2.2 Sprachförderung für Kinder mit Sprachförderbedarf ohne Kitaplatz (Non-Kita-Kinder)
1045/2021

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

- 8.3.1 Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (gpa) NRW in den kreisfreien Städten 2018
0943/2021
- 8.3.2 hier: Anfrage AfD-Fraktion Köln im Integrationsrat AN/0324/2021 anlässlich der Mitteilung der Verwaltung DSNr. 0186/2021 (Jahreszahlen UMA 2020)
0728/2021
- 8.3.3 Mitteilung an den Jugendhilfeausschuss zum Jugendkriminalitätsbericht 2020 des Polizeipräsidiums Köln – zurückgestellt -
1245/2021

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

- 8.4.1 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 2020
1293/2021
- 8.4.2 Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk 6 - Worringen
1479/2021

8.5 Weitere Mitteilungen

- 8.5.1 Kölner Lebenslagenbericht - verschoben unter TOP 4.6
- 8.5.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021
- 8.5.3 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2020
0917/2021
- 8.5.4 Abschlussbericht der EHAP-Projekte ALVENI links und ALVENI rechts vom Rhein
1204/2021

- 8.5.5 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
0980/2021

- 8.5.6 Herrichtung von Trendsportangeboten für Kinder und Jugendliche, Stresemannstraße in Köln-Finkenbergr, hier: Kostenerhöhung
0609/2021

- 8.5.7 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt "Innovation durch öffentliche Sportangebote"
1399/2021

- 8.5.8 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche
1342/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

Herr Glaremin berichtet über den aktuellen Sachstand in der Pandemiesituation. Seit dem Vortag gebe es aufgrund der hohen Inzidenzwerte in Köln eine bedarfsorientierte Notbetreuung in den Kita-Tageseinrichtungen und den Tagespflegestellen. Das bedeute, dass der Bedarf an einer Kita-Betreuung nachgewiesen werden solle. Er schätzt, dass inklusive der freien Träger im Schnitt eine Auslastung von circa 60 Prozent bestehe, wobei die Auslastung bei den freien Trägern deutlich höher sei. Er betont ausdrücklich, dass die Kitas offen und die Kinder willkommen seien.

Er berichtet über die Testungen. Die sogenannte „Lolli-Methode“ sei sehr kindgerecht und werde gut angenommen. Von 692 Kitas nehmen 687 teil, in der jeweiligen Kita selbst im Schnitt circa 90 Prozent.

Bislang seien rund 60.000 Kinder und Kitas getestet worden, dabei habe es 17 positive Fälle gegeben. Es handele sich um ein gutes System, um Sicherheit zu bekommen. Er erklärt, dass die Lolli-Methode bislang noch nicht flächendeckend bei den Tagespflegestellen angeboten werden könne. Es handele sich bei über 900 Tagespflegestellen mit zum Teil nur 1 – 2 Kindern um eine organisatorische Frage. Der Lolli-Test basiere auf der Poolbildung, zudem müsse die Abholung organisiert werden.

Er kündigt an, dass das Land die Lolli-Methode auch auf die Grund- und Förderschulen ausweiten möchte.

Darüber hinaus habe das Land Schnelltests zur Eigenanwendung zur Verfügung gestellt.

Zum Thema Luftfilter führt er aus, dass am Folgetag den Elternvertretern Zwischenergebnisse der Untersuchung der Technischen Hochschule Köln präsentiert werden.

Hinsichtlich der Elternbeiträge beschreibt **Herr Glaremin**, dass eine Ratsvorlage für Anfang Mai in Vorbereitung sei, diese Beiträge für Mai und Juni zu erlassen. Er weist darauf hin, dass im ersten Halbjahr 2021 drei Monate beitragsfrei gewesen seien und dass die Stadt Köln davon die Hälfte übernommen habe.

Er stellt klar, dass keine Essensbeiträge gezahlt werden müssen, wenn die Kita nicht stattfinden könne.

Im Hinblick auf die Impfungen beschreibt er, dass sich die Erzieher*innen schon seit einiger Zeit in der Prioritätsstufe 2 befinden. Die Impfquote im Hinblick auf die Erstimpfung liege bei 90 Prozent. Er lobt die gute Resonanz sowie die Organisation im Impfzentrum.

Im Bereich der Jugendförderung seien mit Blick auf die Corona-Betreuungsverordnung leider nur eingeschränkte Maßnahmen (mit im Innenbereich bis zu 5 Personen) möglich. Er weist darauf hin, dass es jetzt die Möglichkeit gebe, Impfungen über Rest-Impfdosen zu erhalten.

Er erwähnt, dass digitale Angebote durchgeführt werden, stellt aber klar, dass diese keine persönlichen Angebote ersetzen können.

Herr Glaremin beschreibt, dass es bei den Hilfen zur Erziehung einen nahezu regulären Dienstbetrieb gebe, sowie dass die Impfquote auch hier sehr hoch sei.

Die Fallzahlentwicklung sei stabil, aber er weist auch darauf hin, dass es Schwankungen gebe, falls Kitas oder Schulen geschlossen werden müssten, da dann die Meldungen fehlen würden. Er betont, dass es wichtig sei, den Kontakt zu den Kindern zu behalten, die nicht in die Kita kommen.

Allgemein gebe es bei Kindern, beispielsweise im Kinderkrankenhaus, keine extrem schwierigen Verläufe. Er betont jedoch, dass Kinder und Jugendliche enormen psychischen Belastungen ausgesetzt seien, in einer solchen Extremsituation aufzuwachsen.

Er lobt die gute Zusammenarbeit mit den Trägern und den Eltern, erwähnt aber, dass es nach 14 Monaten Pandemie auch Ermüdungserscheinungen gebe.

Herr Dr. Schlieben dankt Herrn Glaremin für den Bericht und fragt hinsichtlich der Testpflicht in Kitas, ob diese grundsätzlich nur durch das Familienministerium geregelt werden könne oder ob auch die Stadt Köln dies eigenverantwortlich entscheiden könne.

Herr Glaremin antwortet, dass beide Möglichkeiten bestehen. Eine solche Anordnung könne durch das Ministerium erfolgen, die Stadt Köln habe jedoch im Rahmen der Gefahrenabwehr die Möglichkeit einer Allgemeinverfügung. Das sei eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Als Beispiel nennt er die Maskenpflicht, die 150 Meter rund um Schulen bestehe und die aus einer kommunalen Entscheidung resultiere.

Frau Volland-Dörmann bedankt sich ausdrücklich und lobt, dass die Unterstützung seitens der Stadt in dieser Pandemie-Zeit nicht selbstverständlich sei. Sie beschreibt, dass Köln vom Umland um die wirksame Lolli-Methode beneidet worden sei und hebt die offensive Entscheidung und Umsetzung der Stadt Köln hervor, Personal in Kindertagesstätten zu impfen.

Sie führt aus, dass es sehr viele Motivationsgespräche gebe, damit Kinder und Eltern bei der Lolli-Methode sowie das Personal bei den Impfungen mitmachen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen spricht der Verwaltung den Dank des gesamten Jugendhilfeausschusses aus.

Frau Kessing bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung. Sie nimmt Bezug auf die verpflichtenden Testungen, und bittet darum, auf Freiwilligkeit zu setzen.

Sie fragt für den kommenden Jugendhilfeausschuss nach einer Stellungnahme zum Thema Schulabbrecher-Quoten, welches derzeit in der Presse aufgegriffen werde. Sie beschreibt, dass es wichtig sei, diese Jugendlichen nicht aus dem Blick zu verlieren und fragt nach den Maßnahmen der Verwaltung, um die Schulabbrecher nachzuverfolgen.

Herr Gümüs merkt an, dass es am Vortag eine Äußerung einer Professorin des Infektionsschutzzentrums Köln gegeben habe, vorrangig in den Stadtteilen zu impfen, in welchen das Infektionsgeschehen hoch sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Menschen mit Migrationshintergrund hin, welche auch berücksichtigt werden müssten. Er fragt, ob der Verwaltung diese Problematik bewusst sei und ob es Lösungen gebe.

Im Hinblick auf den anstehenden Sommer fragt er nach der Möglichkeit, den Jugendverbänden eine Art Planungssicherheit zu geben, falls diese geplante Veranstaltungen aufgrund des Infektionsgeschehens wieder absagen müssen, damit sie nicht die Kosten tragen müssen.

Kitabeiträge sehe er grundsätzlich als nicht erforderlich an.

Er kündigt an, seine Fragen zu digitalen Angeboten schriftlich nachzureichen (TOP 7.2.1).

Herr Buff bedankt sich bei der Verwaltung für die Impfangebote, welche er als große Wertschätzung empfindet. Er freut sich, dass es positiv vorangeht.

Herr Clemens merkt an, dass er die Kinder und Jugendliche lieber in gesteuerten Räumen als im öffentlichen Raum sehe und dass er sich daher über jeden geöffneten Kindergarten freue.

Er nimmt des Weiteren Bezug auf die Anmerkung von Frau Kessing hinsichtlich der Freiwilligkeit der Testungen. Er unterstütze diesen Wunsch und beschreibt, dass betroffene Kinder bei Testungen innerhalb der Klasse im Falle eines positiven Testergebnisses einem großen Druck ausgesetzt seien. Dies führe dazu, dass Kinder Angst vor dem Test haben. Er bittet darum, Kinder nicht diesem Gruppendruck auszusetzen und möglichst viel anonym zu testen.

Frau Riedmann schließt sich Herrn Clemens an und beschreibt, dass die Testpflicht insbesondere bei 1 – 2-Jährigen schwierig sei, da es vorkommen könne, dass ein Kind den Mund nicht öffnen möchte. Sie stellt sich auch gegen die Testpflicht und setzt auf Freiwilligkeit. Gleichwohl unterstütze sie den Lolli-Test.

Hinsichtlich der Erstattung des Entgelts für Mahlzeiten beschreibt sie, dass diese nur zu einem Teil erstattet würden. Der einbehaltene Rest werde mit Personalkosten begründet. Sie möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehe.

Herr Glaremin nimmt Bezug auf die gestellten Fragen und antwortet an Frau Riedmann gerichtet, dass es klare Regelungen zur Erstattung des Essen-Entgelts in den Kitas gebe. Er erklärt, dass es sich um eine privatrechtliche Forderung handele, und er bittet darum, sich in diesen Fällen mit dem Jugendamt in Verbindung zu setzen.

Zu dem Thema Testpflicht führt er aus, dass es richtig sei, die Zahlen im Blick zu behalten, aber das werde täglich gemacht. Er sehe die Verwaltung auf einem guten Weg.

Es sei bedauerlicherweise ein bekanntes Problem, dass die Anonymität bei den Lolli-Tests nicht gegeben sei. Er führt aus, dass dies allerdings auch eine pädagogische Aufgabe darstelle, die vor Ort gelöst werden müsse.

Er nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Clemens und erläutert, dass es unterschiedliche Sichtweisen gebe, die auch kommuniziert werden müssen. Die Ansprache sei entscheidend. Er hebt die Wichtigkeit der Tätigkeit der Streetworker in diesem Zusammenhang hervor.

An Herrn Gümüs gewandt stellt er klar, dass die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit von Kitabeträgen der politischen Meinungsbildung obliege.

Er beschreibt, dass Planungen für den Sommer bestehen und es insoweit für die Jugendverbände auch Planungssicherheit gebe, allerdings können derzeit verständlicherweise keine größeren Aktivitäten wie beispielsweise eine Reise ins benachbarte Ausland geplant werden.

Herr Glaremin lobt, dass die Zahlen zu den Inzidenzwerten in den einzelnen Stadtteilen von der Stadt Köln proaktiv veröffentlicht wurden. In diesem Zusammenhang sei ein Vorschlag einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden, der noch der Zustimmung des Landes bedürfe.

Herr Glaremin nimmt Bezug auf eine Befragung aller Jugendämter in Deutschland, in welcher dargestellt wurde, dass Corona insbesondere Jugendliche in der Mittelschicht betreffe. Er stellt klar, dass dies missverständlich formuliert sei, denn letztlich betreffe die Pandemie alle in unterschiedlicher Weise.

Im Zusammenhang mit der Schulabbrecher-Quote werden die entsprechenden Zahlen vom Schulamt benötigt.

Er sagt zu, eine Mitteilung über die psychosozialen Auswirkungen für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt nach der Möglichkeit einer „Tandemtestung“. Damit sei gemeint, dass Eltern, beispielsweise bei der Übergabe der Kinder im Kindergarten, ebenfalls getestet werden, allerdings nicht mit der Lolli-Methode, sondern separat.

Herr Glaremin antwortet, dass dies eine Kostenfrage sei, aber dass der Vorschlag gerne von der Verwaltung aufgegriffen werde.

Die **SPD-Fraktion** reicht schriftliche Anfragen ein und fragt, wie die Verwaltung dafür Sorge tragen könne, dass sowohl die städtischen Kindertagesstätten als auch die freie Trägerschaft einmal wöchentlich den Kontakt zu den Kindern herstellen, die nicht die Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Des Weiteren wird die Frage gestellt, ob es in der freien Trägerlandschaft Kita-Träger gebe, die keine Corona-Testungen bei ihrem Personal und bei den Kindern durchführe und wie die Jugendverwaltung in diesen Fällen vorgehe, um die Testungen gegenüber den Verantwortlichen durchzusetzen.

Die SPD-Fraktion möchte wissen, ob die Verwaltung Kenntnis über Kita-Mitarbeitende habe, die sich einer regelmäßigen Corona-Testung entziehen sowie welche Maßnahmen ergriffen werden, um durch ein möglichst lückenloses Testgeschehen in den Kita-Notbetreuungen die Inzidenzen auf ein nachvollziehbares Niveau zu senken.

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden benannt: Frau Frerich, Herr Rudolph und Herr Clemens.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Da keine Mitglieder der Bezirksschülerinnen und –schülervertretung anwesend sind, entfällt die Notwendigkeit dieser Beschlussfassung.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.4 Präsentationen

Es werden keine Präsentationen gehalten.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

Frau Kessing bittet um schriftliche Darlegung, welche Optionen rechtlicher Art der Jugendhilfeausschuss allgemein habe, mit diesen Trägeranerkennungen umzugehen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet ebenfalls um eine kurze schriftliche Aufstellung der jeweiligen Möglichkeiten.

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kölner Arbeitskreis LRS & Dyskalkulie e.V." 0654/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Kölner Arbeitskreis LRS & Dyskalkulie e.V.“, Anschrift: c/o Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 50825 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: KinderReich Rheinland gGmbH 1165/2021

Beschluss: Die Vorlage wird aufgrund Beratungsbedarfs zurückgestellt.

2.1.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Dibber gGmbH" 1108/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die „Dibber gGmbH“, Geschäftsanschrift. Bismarckstr: 11-13, 50672 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

2.1.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII; hier: "Kolpingwerk Deutschland gemeinnützige GmbH" 0910/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die „Kolpingwerk Deutschland gemeinnützige GmbH“, St.-Apern-Str. 32, 50667 Köln, gemäß § 75 Abs. 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

2.2.1 Förderprogramm Familienhäuser 0627/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die dauerhafte institutionelle Förderung von sozialraumorientierten Familienhäusern auf der Grundlage des vorliegenden Förderprogramms im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des § 74 SGB VIII.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0606, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

2.3 Weitere Beschlüsse

Weitere Beschlüsse wurden nicht gefasst.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Neugestaltung des Spielplatzes Jasminweg/Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus 1090/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, die Neugestaltung des Spielplatzes „Jasminweg/Sigwinstraße“ in Köln-Höhenhaus mit Gesamtkosten in Höhe von 260.000 Euro durchzuführen.

Weiterhin beschließt die Bezirksvertretung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 260.000 Euro im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

3.2 Umgestaltung des Spielplatzes Alter Friedhofsweg in Köln-Merheim 0987/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Alter Friedhofsweg in Köln-Merheim mit Gesamtkosten in Höhe von 149.400 Euro durchzuführen.

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 149.400 Euro im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

3.3 Umgestaltung Spielplatz Buschgasse in Altstadt/Süd 0947/2021

Frau Schöppen bittet die Verwaltung um kurzfristige Überarbeitung des Konzepts zur Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes in der Altstadt/Süd. Es solle der Bezirksvertretung Innenstadt eine Alternative mit mindestens einem Spielgerät für Kinder im Rollstuhl zur Verfügung gestellt werden. Sie weist darauf hin, dass entgegen der im Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik niedergelegten Grundsätze in dieser Vorlage nicht mitgeteilt worden sei, ob dies in dem Sanierungskonzept dieses Spielplatzes enthalten sei. Bislang sei kein einziges Spielgerät auf diesem Platz barrierefrei. Mit Blick auf die mit knapp 5.000 Quadratmetern erhebliche Größe dieses Spielplatzes sowie die hohe Besucherzahl sei wenigstens ein behindertengerechtes Spielgerät auf diesem Platz erforderlich, zumal auch der benachbarte Spielplatz (Im Dau/Josephstraße) im Severinsviertel ein solches Spielangebot nicht enthalte.

Sie führt aus, dass gemeinsames Spielen im Fokus stehen solle, auch wenn Barrierefreiheit nicht bedeute, dass jedes Kind jedes Spielangebot gleichermaßen nutzen könne.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht das Beschlussorgan sei und in diesem Fall nur eine Empfehlung aussprechen könne.

Herr Glaremin ergänzt, dass eine Umplanung oder Neuplanung zu Verzögerungen führen könne. Es sei nicht ohne weiteres möglich, ein Spielgerät gegen ein anderes auszutauschen. Er schlägt vor, der zuständigen Bezirksvertretung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Er weist auch darauf hin, dass dadurch möglichst keine Zeitverzögerung entstehen solle.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen lobt diesen Vorschlag.

Frau Kessing unterstützt den Vorschlag von Herrn Glaremin und bittet auf die Einhaltung der Zeitrahmens zu achten.

Herr Clemens begrüßt den Vorschlag von Herrn Glaremin. Er wünscht, dass auf diese Thematik in Zukunft mehr geachtet werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Buschgasse im Stadtteil Altstadt/Süd mit Gesamtkosten in Höhe von 230.000 Euro durchzuführen.

Weiterhin beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 230.000 Euro im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt mit der Auflage zu, mindestens ein rollstuhlgerechtes Spielgerät zu installieren, ohne dadurch die Umgestaltung zeitlich wesentlich zu verzögern.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

3.4 Energieleitlinien Stadt Köln 2021 3726/2020

Herr Glaremin weist auf den nach Beginn der Sitzung eingereichten Auszug des Beschlussprotokolls des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft hin, welcher am Vortag die Vorlage geändert beschlossen hat. Die Änderung beziehe sich nur auf Kitagebäude im Bestand.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erläutert das Abstimmungsverhalten des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft, welches eine Einengung des ursprünglichen Beschlussvorschlages bedeute.

Frau Kessing schlägt vor, analog des geänderten Beschlusses des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft abzustimmen.

Herr Gümüs lobt, dass das Problem gesehen werde. Er beschreibt, dass dieses Thema wie hohe Temperaturen in den Innenräumen sowie fehlender Sonnenschutz im Außenbereich in der Vergangenheit auch bei den freien Trägern bestanden habe und erfragt den diesbezüglichen Sachstand, insbesondere im Hinblick auf den Altbestand.

Herr Glaremin antwortet, dass dringende Lösungen für drei Containerkitas gesucht werden, auch im Hinblick auf den Arbeitsschutz des Personals.

Er beschreibt, dass dieses Problem auch bei den Kitas der freien Träger bestehe, aber dass es hier andere Möglichkeiten wie beispielsweise Investitionen gebe. Bei den städtischen Kitas untersagen die Energieleitlinien, Klimageräte in Containerkitas einzubauen.

Dies sei jedoch nicht zumutbar für die Mitarbeitenden sowie für die Kinder. Gleichzeitig stellt er klar, dass Kitas in Containerbauweise nicht in großem Stil errichtet werden sollen. **Herr Beigeordneter Voigtsberger** ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Glaremin, dass der Einbau von Klimageräten die letzte Möglichkeit darstelle. Es werde grundsätzlich erst versucht, andere Möglichkeiten wie beispielsweise Beschattungsmaßnahmen auszuschöpfen. Die Klimageräte seien nachgelagert.

Im Hinblick auf den anstehenden Sommer haben jedoch die drei von Herrn Glaremin beschriebenen Containerkitas Vorrang.

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht das Beschlussorgan sei. Er erklärt, dass der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft bereits am Vortag das finale Votum abgegeben habe und äußert seine Verwunderung über die Vorgehensweise.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bestätigt, dass sowohl die Beratungsfolge wie auch die Terminierung unglücklich seien, insbesondere da erst sehr spät die Information des geänderten Beschlusses vorgelegen habe und keine Vorbereitung möglich gewesen sei.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nimmt die Anpassung der Energieleitlinien zur Kenntnis und beschließt – vorbehaltlich der Zustimmung durch den Jugendhilfeausschuss-, dass diese unter dem neuen Titel „Energieleitlinien Stadt Köln - 2021“ ab sofort verbindlich bei allen städtischen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen in dieser Form umgesetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich dem geänderten Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft an.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- eine Gegenstimme: SPD-Fraktion (1)
- drei Enthaltungen: (SPD-Fraktion (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Fraktion Die Linke. (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 3704/2020

Beschluss:

- 1.) Der Rat beschließt die Fortschreibung des erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (Ratsbeschluss 14.02.2019, Vorlage-Nr. 3789/2018) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“.
- 2.) Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2024 in Höhe von circa 3,464 Millionen Euro brutto sind im städtischen Doppelhaushalt 2020/21 inklusive der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 bereits berücksichtigt und führt nicht zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inklusive mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wirtschaft wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses ab 2022 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel gegebenenfalls durch Umschichtungen vorsehen.

Der darüber hinaus entstehende Finanzbedarf wird in den Haushaltsjahren nach 2024 in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.

- 3.) Der Rat beauftragt die Verwaltung
 - a. mit der Umsetzung der Maßnahmen der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden
 - b. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren
 - c. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4.2 Neuwahl eines beratenden JHA-Mitglieds 1095/2021

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Ingrid Welke (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Träger Rom e.V.):

Frau Marion Krämer (Rom e.V.)

gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für Rom e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Die persönliche Stellvertretung gem. §5 Abs.2 AG-KJHG NRW von Frau Marion Krämer übernimmt weiterhin Frau Simone Treis.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4.3 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds 1096/2021

Beschluss:

Der Rat wählt in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie:

Herrn Jochen Schäfer (Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH)

gemäß §5 Abs.3, 1.AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als stellvertretend beratendes Mitglied für Herrn Wolfgang Schmidt für die Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss 1182/2021

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Karin Grevelhörster (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Träger „Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung gGmbH“):

Herrn Oliver Tibussek

gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für das Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung gGmbH in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDkJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4.5 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM), hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2 1004/2021

Herr Dr. Zschke reicht die folgenden Wortbeiträge zu diesem TOP ein:

Das Umsetzungskonzept zu KIM NRW für Köln betreffe zahlreiche Träger der Jugendhilfe und Integrationsförderung, insbesondere zu den Bereichen Bildung, Beratung und Vernetzung. Das abstrakte Ziel allseitiger Kooperation und Qualitätsoptimierung sei grundsätzlich zu begrüßen.

Zur Praxis stellt **Herr Dr. Zschke** die folgenden Fragen:

1. Er erkundigt sich, in welchem Verhältnis bei der geplanten Umsetzung die 1,6 Millionen Euro Ausgaben für Administration zu konkret über das Maßnahmenprogramm Integration finanzierten Leistungen für die Adressaten stehen. In diesem Zusammenhang bittet er um Gegenüberstellung der administrativen Ausgaben zu den adressatenbezogenen Ausgaben.
2. Er fragt, wie rechtliche und praktische Konflikte zwischen Jugendhilfe und Integrationsförderung vermieden werden können. Diese zeichnen sich bereits bei der Qualitätssicherung ab. Als Beispiele benennt er den Wirksamkeitsdialog zwischen Träger und Jugendamt, die externe Standardisierung durch ISO-Normen, Selbstverpflichtungen und gegenseitige Kontrolle abhängiger und in Konkurrenz um Fördermittel stehender Träger im kommunalen Integrationsmanagement.
3. Er möchte wissen, wie einer Kommerzialisierung und Standardsenkung durch den geplanten administrativen Umbau entgegengewirkt werden könne. Als Beispiele benennt er

die Verlagerung der Maßnahmenvergabe von professioneller Migrationssozialarbeit auf Antidiskriminierung und Case-Management.

4. Des Weiteren fragt er, wie eine Kollision mit dem überregionalen Vergaberecht vermieden werden könne, wenn Bundesmaßnahmen, Sprachkurse oder sonstige überregionale Programme, wie beispielsweise die Integrationsagenturen des Landes oder europäische Maßnahmen eigene und unabhängige Integrations- und Entwicklungsaufgaben mit eigenen Qualitätsansprüchen und -kontrollen verfolgen müssen.

5. Zuletzt möchte er wissen, wie eine Demotivation und taktische Anpassung von für die Partizipation und Öffnung wichtigen Praxisfeldern, beispielsweise in den interkulturellen Zentren, vermieden werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. die Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) sowie die Umsetzung der Förderbausteine
 - (1) Implementierung und Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und
 - (2) Implementierung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case-Managements unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI). Für das Jahr 2021 liegen die Bewilligungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg bereits vor. Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.05.2021 und endet zum 31.12.2022.
2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.686.708,05 Euro wie folgt:
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen in Höhe von 213.633,33 Euro, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen von 226.666,67 Euro und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen von 78.100,00 Euro benötigt. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 463.500,00 Euro zu rechnen. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Der Eigenanteil in Höhe von 54.900,00 Euro wird innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
 - Haushaltsjahr 2022: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen von 326.859,00 Euro, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen von 680.000,00 Euro und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen von 78.100,00 Euro und in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 843.100,00 Euro benötigt. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanungsprozesses ab 2022 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, gegebenenfalls durch Umschichtungen, im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

- Haushaltsjahr 2023: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen von 83.349,05 Euro benötigt. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inklusive mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses ab 2022 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.
3. die für den Förderzeitraum (01.05.2021-.31.12.2022) und die nachfolgende Abwicklung der Projektabschlussarbeiten vom 01.05.2021 bis 31.03.2023 befristete Einrichtung von folgenden Stellen:

Förderbaustein 1

- 1,0 E 13 TVöD beziehungsweise A13 Lg. 2, 2. Eingangsam LBesG NRW (Leitung und Strategischer Overhead)
- 1,5 S17 TVöD S (Strategische Steuerung Integration Zugewanderte in den Arbeitsmarkt)
- 0,5 A7 LBesG NRW (Assistenz)

Förderbaustein 2

- 1,0 S15 TVöD S (Mitarbeit Strategische Steuerung Beratungslandschaft für Zugewanderte/ Case-Management in Köln und operative Koordination der Case-Manager*innen)

Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.05.2021 werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen kann die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden. Eine Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 06.05.2021 ist erforderlich, da der Förderbescheid des Landes bereits vorliegt und der Projektstart auf den 01.05.2021 festgelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

4.6 Kölner Lebenslagenbericht 0615/2020

Herr Gümüs merkt an, dass die Zahlen in problematischen Wohnlagen nicht nur leicht, sondern sogar sehr unterdurchschnittlich seien. In diesen Stadtteilen solle die Betreuungsquote vorzugsweise besonders hoch sein.

Herr Clemens bestätigt, dass die Aufteilung in die Bezirke einige soziale Brennräume offenbare und bittet um Sensibilisierung hinsichtlich der Ergreifung von Maßnahmen. Die **SPD-Fraktion** bittet die Verwaltung, kurzfristig einen Vorschlag zu entwickeln, wie in einem abgestimmten Diskurs zwischen den politischen Sprechern von Jugend, Soziales, Gesundheit und Stadtentwicklung den entsprechenden Verantwortlichen aus den Fachverwaltungen und weiteren Akteuren - wie beispielsweise der Liga der Wohlfahrtspflege - Handlungsschwerpunkte identifiziert, bewertet und als Anregungen in die weiteren politischen Beratungen gegeben werden können.

Diese Problemlagen sollten in einem strukturierten Prozess gemeinsam und überparteilich angegangen werden, um einer Spaltung in dieser Stadt entgegenzuwirken.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020 zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Lebenslagenbereichen mit der Verstetigung und dem Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Frühere schriftliche Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Antrag vom BDKJ für JHA am 27.04.2021: Beflaggung öffentlicher Gebäude

Herr Kurbjeweit weist darauf hin, dass eine höhere öffentliche Sichtbarkeit von queerem Leben in Köln wünschenswert sei, da es immer noch Anfeindungen auf queere Menschen gebe. Er wünscht, den Tag des 17. Mai als Anlass zu nehmen, durch das Hissen der „Rainbow-Flag“ öffentlich darzustellen, dass in Köln alle dazugehören.

Er bedankt sich bei Herrn Rudolph für den Hinweis zur „progressive rainbow-flag“ und bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung, die aktuell gebräuchliche Flagge zu verwenden.

Herr Gümüs unterstützt diesen Antrag ausdrücklich.

Herr Beigeordneter Voigtsberger begrüßt die einstimmige Zustimmung zu diesem Antrag und teilt mit, eine entsprechende Vorlage für den Rat als zuständigem Gremium anfertigen zu lassen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, jährlich am 17. Mai an allen städtischen Gebäuden die „Rainbow Flag“ zu hissen.

Sollten für bestimmte Einrichtungen /Gebäude weitergehende behördliche Genehmigungen erforderlich sein, wird die Stadtverwaltung beauftragt, diese bei den zuständigen Behörden einzuholen.

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, die Haushaltsmittel für die kurzfristige Beschaffung der Flaggen bereitzustellen.

Hilfsweise beauftragt der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung, eine entsprechende Dringlichkeitsvorlage in die nächste Sitzung des Rates am 06. Mai einzubringen, um die Umsetzung des Beschlusses zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

Anmerkung der Verwaltung:

Die nachträgliche verwaltungsinterne Abstimmung hat ergeben, dass bereits im März entschieden wurde, das Rathaus am 17.05. entsprechend zu beflaggen. Die Beflaggung der weiteren Gebäude wird im Sinne des formulierten Wunsches des Jugendhilfeausschusses von der zuständigen Stelle weiterverfolgt. Ein Ratsbeschluss ist nicht erforderlich.

5.2.2 Kommunales Sonder-Schwimmlern-Programm in der Corona-Pandemie AN/0908/2021

Herr Bürgermeister Dr. Heinen verweist auf den zu Anfang der Sitzung beschlossenen geänderten Verfahrensvorschlag. Er stellt klar, dass der Jugendhilfeausschuss fachlich nicht zuständig sei. Daher werde der Antrag in den Sportausschuss beziehungsweise zur Beschlussfassung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung verwiesen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein sofortiges Sonder-Schwimmlern-Programm aus dem Budget „Sicher Schwimmen“ in den Sommerferien für alle Kölner Grundschülerinnen und Grundschüler einzurichten.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Vorlage ohne Votum zuständigkeitshalber in den Sportausschuss sowie in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Herr Friedrich (CDU-Fraktion) war bei Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Sensibler Umgang mit Pumptracks im Kölner Grün AN/0501/2021

Zu 6.1.1 Sensibler Umgang mit Pumptracks im Kölner Grün 1413/2021

Frau Kessing bedankt sich für die Antwort und erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich des Dirt Tracks in Kalk.

Herr Glaremin kündigt eine Beantwortung für die nächste Sitzung an.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Überbrückende Unterstützung für Träger mit interkulturellen Angeboten der Jugendhilfe während der Coronazeit AN/0896/2021

Die Anfrage der SPD-Fraktion zur überbrückenden Unterstützung für Träger mit interkulturellen Angeboten der Jugendhilfe während der Corona-Zeit wird bis zum Vorliegen einer Beantwortung zurückgestellt.

6.2.2 Freiluga als außerschulischen Lernort dauerhaft etablieren und weiterentwickeln AN/0897/2021

Die Anfrage der SPD-Fraktion zur Freiluga als außerschulischem Lernort wird bis zum Vorliegen einer Beantwortung zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Skateranlage in Köln-Sülz 1472/2021

Herr Gümüs bedankt sich für die schnelle Beantwortung seiner Anfrage. Er möchte gern den Zeitplan der Interimslösung wissen, sowie ob es bereits Gespräche mit den anliegenden Kleingärtnern gegeben habe, da der neue Platz nahe an den Schrebergärten gelegen sei. Er weist auf die kleine Fläche des vorgeschlagenen Platzes hin und fragt nach einer Vergrößerungsmöglichkeit bis zu den Bäumen.

Er bittet zudem, die zuständige Bezirksvertretung (BV) Lindenthal miteinzubeziehen.

Herr Glaremin kündigt eine schriftliche Beantwortung an. Diese werde in Kooperation mit der BV Lindenthal erstellt.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage von Die Linke. zum Datenschutz

Herr Gümüs kommt auf den Hinweis hinsichtlich digitaler Angebote in der Pandemiesituation von Herrn Glaremin zurück. Er beschreibt, dass in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 09.03.2021 in der Vorlage 0524/2021 dargestellt wurde, dass die Jugendeinrichtungen durch die pandemiebedingten Schließungen dazu übergegangen seien, die jeweiligen Zielgruppen über digitale Angebote zu erreichen. Er ist besorgt hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Aspekte und macht auf die Schutzinteressen für die Jugendlichen aufmerksam.

Herr Gümüs verweist auf die gemeinsame Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW und der Fachstelle für Jugendmedienkultur NRW zum Thema Discord.

In dieser Stellungnahme werde empfohlen, dass sich Fachkräfte sowie Träger und Institutionen der Jugendförderung aktiv zusammenschließen und nachhaltige, datenschutzkonforme Lösungen sowie sichere und kommerzfreie Wege für die digitale Jugendbeteiligung fördern oder gar selbst initiieren. Er fragt, ob der Verwaltung diese Initiative bekannt sei und möchte wissen, wie die Stadt Köln den Datenschutz in der Kommunikation mit Jugendlichen gewährleiste.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Zusätzliche freiwillige Mietkostenförderung für Träger von Kindertageseinrichtungen 0787/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2.2 Sprachförderung für Kinder mit Sprachförderbedarf ohne Kitaplatz (Non-Kita-Kinder) 1045/2021

Herr Gümüs beschreibt, dass auf der zweiten Seite der Vorlage die Anzahl der nicht-versorgten Kinder für das Jahr 2018/2019 mit 31 und im Jahr 2019/2020 mit 21 angegeben sei. Er fragt, welche Gründe es für die Nichtversorgung der Kinder gebe.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (gpa) NRW in den kreisfreien Städten 2018 0943/2021

Herr Bürgermeister Dr. Heinen lobt, wie effizient die Fälle der Hilfen zur Erziehung gesteuert und koordiniert werden und erläutert, dass es vor 13 Jahren eine Änderung des Kontrollmanagements gegeben habe, welches mit einer deutlichen Personalaufstockung einhergegangen sei. Es gebe aber dadurch nun deutlich geringere Kosten in den Fallzahlen und somit auch in den Nachtragshaushalten.

8.3.2 hier: Anfrage AfD-Fraktion Köln im Integrationsrat AN/0324/2021 anlässlich der Mitteilung der Verwaltung DSNr. 0186/2021 (Jahreszahlen UMA 2020) 0728/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.3.3 Mitteilung an den Jugendhilfeausschuss zum Jugendkriminalitätsbericht 2020 des Polizeipräsidiums Köln 1245/2021

Frau Schöppen bittet darum, den TOP 8.3.3 aufgrund Beratungsbedarfs zurückzustellen und in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich hiermit einstimmig einverstanden.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum 2020 1293/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.4.2 Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk 6 - Worringen 1479/2021

Herr Gümüs merkt an, dass ein erhöhter Bedarf für den Stadtbezirk Worringen auch dem Beschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 15.03.2021, TOP 2.1 zu entnehmen sei.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Kölner Lebenslagenbericht - verschoben unter TOP 4.6

8.5.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus 0632/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.3 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2020 0917/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.4 Abschlussbericht der EHAP-Projekte ALVENI links und ALVENI rechts vom Rhein 1204/2021

Frau Kessing merkt an, dass nach wie vor Bedarf vorhanden sei und äußert die Hoffnung auf Erfolg bei der Suche nach sich anschließenden Förderprogrammen.

8.5.5 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 0980/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.6 Herrichtung von Trendsportangeboten für Kinder und Jugendliche, Stresemannstraße in Köln-Finkenbergr, hier: Kostenerhöhung 0609/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.7 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt "Innovation durch öffentliche Sportangebote" 1399/2021

Herr Gümüs bedankt sich für die interessante Vorlage. Er regt an, auch in Zukunft mit der Deutschen Sporthochschule in ähnlichen Themen zusammenzuarbeiten.

8.5.8 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche 1342/2021

Herr Rudolph macht auf die erschreckenden Zahlen aus dieser Vorlage hinsichtlich queerer Jugendlicher aufmerksam, denen zufolge es bei zwei Dritteln der Befragten depressive Verstimmungen sowie bei einem Viertel teilweise suizidale Gedanken gebe. Er beschreibt, dass verlorene Freiräume, wenig Möglichkeiten sich auszuprobieren, fehlende Rückzugsorte außerhalb der Wohnung, ausbleibende Treffen mit Gleichaltrigen und Einsamkeit nur einige Punkte seien, unter denen Kinder und Jugendliche aufgrund der Corona-Maßnahmen zu leiden haben.

Er fragt, ob bislang ein Austausch mit Kindern, Jugendlichen und Jugendverbänden zu dem Einfluss der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen stattgefunden habe. In diesem Falle interessiere ihn die Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Austausch bei den derzeitigen Maßnahmen. Anderenfalls möchte er wissen, ob ein partizipativer Austausch mit Kinder und Jugendlichen sowie den Jugendverbänden vorgesehen sei.

Er stellt zudem die Frage nach den Planungen, die besonderen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen bei allen schützenden Maßnahmen künftig mit abzuwägen. Des Weiteren fragt er, welche Ideen bestehen, Jugendliche bei der Bewältigung der besonderen psychischen Belastung zu unterstützen, um die Langzeitfolgen durch die Corona-bedingten Einschränkungen möglichst gering zu halten.

Herr Clemens unterstützt die Nachfrage von Herrn Rudolph. Er dehnt dies auf alle Jugendlichen aus, die in der Krise allein gelassen wurden.

Herr Glaremin stimmt zu, dass es wegen der großen Auswirkungen auf die Jugendlichen eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Thematik geben müsse. Er weist darauf hin, dass es schwierig sei, die Jugendlichen mit depressiven Verstimmungen überhaupt zu erreichen, da sich diese nicht an die Fachärzte wenden.

Auch wenn diesbezüglich keine belastbaren Zahlen vorliegen, kündigt er an, in der nächsten Sitzung eine erneute Mitteilung zu dieser Thematik vorzustellen.

Gez. Ausschussvorsitzender Dr. Ralf Heinen

Gez. Schriftführung Karin Wolf